



Dr. Lars Castellucci

AG Sprecher Demokratie

Susann Rüttrich

AG Sprecherin Strategien gegen Rechtsextremismus

Svenja Stadler

AG Sprecherin Bürgerschaftliches Engagement

Die nächste deutsche Einheit schaffen

Wir wollen Flucht in erster Linie vermeiden, denn hinter Flucht stehen Krieg, Terror, unerträgliche Lebensbedingungen.

Wir geben nicht nach, für mehr Solidarität im Umgang mit Flucht zu werben, in Europa und darüber hinaus, denn gemeinsame Herausforderungen erfordern gemeinsames Handeln.

Denjenigen, die es bis zu uns schaffen, wollen wir Schutz bieten, denn das gebieten unsere Werte, unsere Verfassung und internationale Verträge, die wir unterzeichnet haben.

Nicht alle, die kommen, werden bleiben können. Und nicht alle, die kommen, werden bleiben wollen. Für beide Gruppen gilt: Wir haben die Chance, ihnen unsere Werte vorzuleben und ein positives Deutschlandbild zu vermitteln. So gewinnen wir, wenn beide Seiten sich anstrengen, Freunde, Nachbarn, Kollegen in der Welt und zu Hause.

Das ist zu tun:

- **Integrationslotsen als Kulturdolmetscher**

Das Zusammenleben so unterschiedlicher Kulturen birgt gewiss besondere Herausforderungen im Vergleich zu den Migrantengruppen der vergangenen Jahrzehnte. Es braucht auch Gelassenheit: Integration gelingt nicht über Nacht. Sie gelingt aber auch nicht von selbst. Und es ist auch nicht mit Sprache allein getan, wir müssen vielmehr unsere Kultur, die Grundsätze unseres Zusammenlebens, vermitteln. Wir brauchen Kulturdolmetscher. Das gelingt in erster Linie durch Vorleben insbesondere der vielen Ehrenamtlichen, die sich um die Flüchtenden kümmern. Sie brauchen dabei Unterstützung. Wir unterstützen daher den Vorschlag der Malteser, einen Dienst „Integrationslotsen“ aufzubauen und hierfür bundesweit hauptamtliche KoordinatorInnen zu bestellen.

- **Integrationsgesetz auf Bundesebene**

Die Aufgabe der Integration darf nicht dauerhaft auf ehrenamtliche Strukturen verwiesen und in Projekten organisiert werden. Es braucht ein Integrationsgesetz auf Bundesebene. Dieses klärt, unter anderem wie Teilhabe staatlicherseits gefördert wird, wie Sprach- und Integrationskurse verpflichtend geplant und durchgeführt werden, aber auch welche Integrationsleistungen von den Zuwandernden erwartet werden. Fördern und Fordern müssen auch hier ausbalanciert werden.

- **Ordnung in die Verfahren.**

Chaos fördert Misstrauen. Die Asylverfahren sind innerhalb von drei Monaten abzuschließen. Die Frist beginnt mit der Registrierung. Die Registrierung hat spätestens bei Grenzübertritt zu erfolgen. Die Mogelei bei der Aufteilung in Verfahrensdauer vor und nach formeller Eröffnung des Asylverfahrens unterbleibt, denn sie ist nur der fehlenden Präsenz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der Fläche geschuldet. Es ist ein einheitliches Registrierungssystem aufzusetzen, auf das Bund und Land zeitgleich Zugriff haben. Der Rückstau der aufgelaufenen Verfahren ist binnen Jahresfrist aufzulösen. Das entstandene Chaos trifft Flüchtende, Behörden, Hilfsorganisationen und Ehrenamtliche gleichermaßen und muss beendet werden.

- **Flüchtlingsgipfel unter Einbezug aller in der Flüchtlingsarbeit engagierten Ebenen und Organisationen.**

Die Aufnahme und Integration der Flüchtlinge ist Gemeinschaftsaufgabe und die Verantwortungsteilung entsprechend festzulegen. Wenn "Wir" das schaffen sollen, müssen auch alle einbezogen werden. Migrantorganisationen müssen einen besonderen Beitrag leisten. Vom Einbezug relevanter gesellschaftlicher Gruppen, zu denen die Kirchen und großen Hilfsorganisationen gehören, versprechen wir uns auch, dass eine gemeinsame Orientierung angesichts der Herausforderung wächst, und rechte und populistische Haltungen in Schranken verwiesen werden.

- **Dialog über die Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik.**

Die Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung ist riesig. Gleichzeitig gibt es Fragen: Wie geht es weiter, was kann getan werden, was ist in einem, zwei, drei Jahren? Heute beweisen die Menschen, was Willy Brandt einst forderte: Sie zeigen Mitverantwortung und Mitleidenschaft. Sie wagen mehr Demokratie, indem sie unaufgefordert und spontan gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Wir wollen sie deshalb stärker einbeziehen

und mit ihnen über die langfristige Zuwanderungspolitik reden: Wie kann sie gestaltet werden? Wie werden wir unserer humanitären Verantwortung gerecht? Welche Unterstützung brauchen diejenigen, die zu uns kommen und was erwarten wir von ihnen? Diese Fragen wollen wir in einen breiten, wahrnehmbaren öffentlichen Dialog stellen. Dabei sind relevante gesellschaftliche Gruppen, ExpertInnen und Laien einzubinden, um Fakten zu klären, Ziele zu entwickeln und Handlungsempfehlungen an die Politik zu formulieren.

- **Kommunale Bürgerbeteiligung.**

Die Verteilung der Flüchtlinge in Deutschland ist unterhalb des Königsteiner Schlüssels sehr ungleich. Hinzu kommt, dass sich auch die sonstige Zuwanderung auf bestimmte Regionen oder Städte konzentriert. Wir glauben, dass die Menschen in Deutschland in ihrer großen Mehrheit Ja sagen zu Hilfe für Schutzsuchende. Die Integrationskraft kann gestärkt werden, wenn man sie auch aktiv fragt, wieviel sie sich zutrauen. Wir schlagen vor, dass ab einem Verhältnis von 5 Prozent Flüchtlingen/EinwohnerInnen im Vorfeld verbindlich Bürgerversammlungen durchzuführen sind, die über die Aufnahmekraft beraten und darüber, ob es hierzu einen BürgerInnenentscheid geben soll.

- **Charta für gutes Zusammenleben.**

Überall, wo Menschen neu aufeinander treffen, muss das Zusammenleben eingeübt werden: im Wohnblock, im Stadtteil, in der Gemeinde oder Stadt. Angelehnt an das Projekt „Wiener Charta“ werden wir ein Modell „Charta für gutes Zusammenleben“ entwickeln und umsetzen. Deutschland soll zum Modell für gutes Zusammenleben in einer vielfältiger werdenden Gesellschaft werden und so in Europa und darüber hinaus Mut machen, wo sich Nationen mit Veränderung schwer tun.

- **Bundesprogramm “Orte der Begegnung - Menschen sind uns so lange fremd, bis wir sie kennenlernen”.**

Wo Menschen sich begegnen, kennenlernen und Beziehungen aufbauen, schwinden Ängste und Vorurteile. In unserer ausdifferenzierten Gesellschaft gibt es aber immer weniger Plattformen, auf denen man alle Bevölkerungsgruppen beisammen hat. Sie müssen - vom Dorfgemeinschaftshaus über BürgerInnentreffs oder Interkulturelle Cafés – organisiert, entsprechend unterstützt und in ihrem integrativen Ansatz gestärkt werden. Hierfür wird ein Bundesprogramm aufgelegt, das neben Projektförderungen auch Strukturförderungen vorsieht. Denn Ehrenamt braucht auch Hauptamt.

- **Menschen statt Zahlen.**

Hinter einer Million Flüchtenden verbergen sich eine Million Geschichten, Schicksale, Gesichter: Menschen. Ebenso auf der Seite der Helfenden: Deutschland zeigt ein freundliches Gesicht, weil so viele Deutsche ein freundliches Gesicht zeigen. Um die Hilfsbereitschaft zu stützen, Wertschätzung zu vermitteln und mehr über Menschen statt über Zahlen zu sprechen, soll eine internetbasierte Plattform aufgebaut werden, die im ersten Ausbauschnitt Flüchtlinge und haupt- oder ehrenamtliche FlüchtlingshelferInnen portraitiert. Woher kommen die einen, was haben sie erlebt? Was motiviert die anderen, wie schauen sie auf die Herausforderung?

- **Stiftung Faktencheck**

In früheren Zeiten war es schwierig, überhaupt an Informationen heranzukommen. Heute besteht die Anforderung, aus dem Übermaß an Informationen auszuwählen und sich darin zu orientieren. Zeitgleich landen etwa Studien auf dem Markt, wonach die „Ausländer“ uns viel kosten oder viel einbringen. Von der Politik werden i.d.R. nur diejenigen Informationen aufgegriffen, die der eigenen Argumentation dienen und sie ist für die Bürgerinnen und Bürger ohnehin keine vertrauenswürdige Quelle. Es bedarf daher einer anerkannten unabhängigen Stelle, die von Bürgerinnen und Bürgern angerufen werden kann, um Fakten zu klären und so eine gemeinsame Grundlage für gesellschaftliche Diskussionen und Willensbildung zu schaffen.

- **Rat und Hilfe für bürgerschaftlich Engagierte**

Ehrenamtliche und solche, die es werden wollen, brauchen Rat und Hilfe. Es fehlt an Qualifizierungsangeboten für Menschen, die sich in die Flüchtlingsarbeit einbringen wollen. Ebenso benötigen wir Angebote von Supervision (Stichwort: Traumata) für Ehrenamtliche. Unser Vorschlag: Initiierung von kommunalen Ansprechpartnern für die Bündnisse vor Ort, die Qualifizierungsangebote und Supervision bereithalten / anbieten.

- **Enquete „Demokratie und Vielfalt“.**

Demokratie ist unsere Lebensform. Wir wollen sie verlebendigen und die Menschen, die zu uns kommen, für sie gewinnen. Wie funktioniert Demokratie in einer vielfältigeren Gesellschaft? Wie vermitteln wir Menschen, die zu uns kommen, die Demokratie als unsere Lebensform? Eine Enquête-Kommission soll sich diesen Fragen widmen und so einen Beitrag

leisten, wie das gute Zusammenleben der Menschen aus unterschiedlichen Kulturen in Deutschland am besten organisiert werden kann.